



aus: Sinar Harapan v. 19.1.'83

den auch in struktureller Hinsicht. Es existierten nur Berufsgewerkschaften, die zudem meist nur über einen regional sehr begrenzten Einflußbereich verfügten. Das wichtigste Ziel der indonesischen Arbeiterbewegung mußte es daher sein, eine einheitliche und schlagkräftige Organisationsstruktur zu schaffen. Der erste Anlauf wurde 1919 mit PPKB (*Persatuan Kaum Buruh*) unternommen, der aber sehr bald am Konflikt zwischen sozialistischen und antikommunistischen Mitgliedsorganisationen scheiterte. In der Folgezeit gab es noch mehrere Einigungsversuche, die aber alle nicht von Dauer waren.

Die Darstellung der organisatorischen und ideologischen Entwicklung in der Gründungsphase wird durch eine Beschreibung der wichtigsten Arbeitskämpfe in den zwanziger Jahren ergänzt. In der Mitte der zwanziger Jahre wurde die sozialistisch orientierte Gewerkschaftsbewegung durch eine eher nationalistisch ausgerichtete Strömung abgelöst, deren Erfolg aber auch nicht größer war. Als wesentliche Gründe für die Wirkungslosigkeit der Gewerkschaften in der Periode bis zum II. Weltkrieg benennt Schaarschmidt-Kohl die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Kräfte, die ungeschmälerte Machtstellung der Unternehmer und die scharfen anti-gewerkschaftlichen Gesetzgebungs- und Polizeimaßnahmen des Kolonialregimes.

Der dritte Hauptteil des Buches beschäftigt sich mit der Rolle der Gewerkschaften im Unabhängigkeitskampf. Zunächst werden die Wiederbelebungsbemühungen der alten Organisationen und die neugegründeten

Gewerkschaften vorgestellt. In den Jahren 1945/46 gab es einen rapiden Aufschwung mit zahlreichen Neugründungen, die jedoch meist nur regional begrenzte Berufsgewerkschaften hervorbrachten. Dabei handelte es sich in der Regel um spontane Gründungen, die von der Basis ausgingen. Diese Entwicklung rückte wieder ein Problem in den Mittelpunkt: die Vereinzelung gewerkschaftlicher Kräfte. Das Prinzip der Industriegewerkschaft konnte sich in Indonesien nicht durchsetzen. Zu Recht wird der Entwicklung des kommunistisch ausgerichteten Gewerkschaftsbundes SOBSI ein eigenes Kapitel gewidmet, handelt es sich bei ihm doch, bis zu seiner Zerschlagung durch die Militärs 1965, um die größte und einflußreichste Organisation.

Als Ergebnis schlußfolgert Schaarschmidt-Kohl, daß es sich bei den indonesischen Gewerkschaften in dem behandelten Zeitraum um politische Gewerkschaften gehandelt habe, deren Hauptarbeit auf die Herstellung politischer Rahmenbedingungen gerichtet gewesen sei, die einen gewerkschaftlichen Kampf für die Rechte der Arbeiter erst ermöglichen konnten. Das hieß konkret, daß zunächst die Kolonialherrschaft zu überwinden war, bevor an genuin gewerkschaftliche Arbeit gedacht werden konnte.

Das hier vorgestellte Buch, das noch viele andere Einzelaspekte enthält, zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß es eine große Menge indonesischer Quellen aufarbeitet, wobei die Verfasserin darauf hinweist, daß viele Akten, Flugblätter etc. 1965 dem anti-kommunistischen Mob zum Opfer gefallen sind

(S. i-ii). Ein weiterer Vorzug ist es, daß die historischen, sozio-kulturellen und politischen Rahmenbedingungen deutlich herausgearbeitet und in ihrer Wirkung auf die Gewerkschaftsgeschichte dargestellt werden. Von daher schließt das Buch von Schaarschmidt-Kohl nicht eigentlich eine Lücke, sondern sein Erscheinen macht den Mangel an wissenschaftlichen Arbeiten zur Sozial- und besonders Gewerkschaftsgeschichte Indonesiens erst deutlich.

Trotz dieser positiven Einschätzung muß ein wichtiger Einwand geltend gemacht werden. In ihrem Vorwort schreibt die Verfasserin, daß sie die Gewerkschaften an deren eigenen Ansprüchen messen will (S. i), und führt diese damit als Bezugsrahmen in die Untersuchung ein. Jedoch vermisste ich nicht nur eine deutliche Ausführung der politischen Positionen und Ziele der indonesischen Gewerkschaften, so daß sie für den Leser nachvollziehbar und als Bezugsrahmen anwendbar sind, darüber hinaus hätte eine Methodenreflexion, die auch die theoretischen Grundannahmen benennt, von denen die Arbeit ausgeht, mir den Zugang und die Einordnung der Gewerkschaftsgeschichte in die gesamtindonesische Entwicklung erleichtert.

Damit überzeugt mich diese Abhandlung eher durch ihre darstellende Leistung als durch die Analyse, und als materialreiche und durchstrukturierte Aufarbeitung der Gewerkschaftsgeschichte wird dieses Buch jedem nützen, der sich mit den politischen und sozialen Veränderungen in Indonesien im 20. Jh. beschäftigt.

Felix Fuchs



Hier gibt's zahlreiche Gelegenheiten zu arbeiten und zahlreiche Gelegenheiten, gefeuert zu werden.

NACHRICHTEN

Machtspiele in Jakarta: Der Präsident zwischen Bürokraten und Militärs

Einen Tag, nachdem Präsident Suharto für seine fünfte Amtsperiode bestätigt worden war (vgl. SOAI 1/88, S.46), tagte Indonesiens Beratende Versammlung (MPR), die aus Vertretern dreier Parteien, der Streitkräfte (ABRI) und 500 Regierungsdelegierten zusammengesetzt ist, abermals. Es war Freitag, der 11. März, und die Atmosphäre in der großen Halle habe spürbar geknistert – so wußte *Asiaweek* zu berichten. Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Vizepräsidenten.

Erstmals hatte Präsident Suharto der Versammlung keinen Vize seiner Wahl vorgeschlagen,

sondern die Nominierung den einzelnen Fraktionen überlassen. Regierungspartei GOLKAR stellte erwartungsgemäß ihren Vorsitzenden auf, den ehemaligen General und Juristen *Sudharmono*, der als Architekt des überwältigenden Siegs von GOLKAR bei den Parlamentswahlen 1987 gilt. Wirbel in die gleichförmige politische Landschaft des Inselstaates hatte jedoch einige Tage zuvor die islamische Partei PPP gebracht. Sie nominierte ihren Vorsitzenden *Naro*, der angesichts der Machtverhältnisse in der Versammlung – die dritte Partei, die PDI, wollte *Sudharmono* unterstützen – auf 93 von 1000 Stimmen hoffen konnte. Hohe GOLKAR-Funktionäre hatten *Naro* offensichtlich



aus: FEER v. 17.3.'88

Sutrisno, Murdani, Suharto – gar nicht ...

mehrfach gedrängt, diese Kandidatur zurückzuziehen, doch erst am Wahltag selbst verkündete der Sprecher der MPR, daß in der Versammlung Konsens über einen Kandidaten hergestellt worden sei.

Für alle diejenigen, die es satt hätten, bereits getroffene Entscheidungen abzusegnen, sei der PPP-Chef eine 'Symbolfigur', schreibt die englischsprachige *Jakarta Post*. Für *Naro* selbst bedeutete die Kandidatur ein Aufpolieren seines Images und das seiner Partei, die bei den letzten Wahlen schwere Verluste hatte hinnehmen müssen.

Doch nicht nur das vorübergehende Auftauchen eines Oppositionskandidaten machte diese Vizepräsidentenwahl zu einem für indonesische Verhältnisse ungewöhnlichen Ereignis. Am Tag zuvor hatte nach der Wahl des Präsidenten plötzlich *Ibrahim Saleh*, Abgeordneter der Streitkräfte, das Mikrofon ergriffen. Nach den Worten: "Mit dem Präsidenten sind wir alle einverstanden, aber die Kandi-

daten für den Vize sind zweifelhaft", wurde er von den Generälen *Murdani* und *Sutrisno* vom Podium geholt. Was steckt dahinter?

Die Fraktion der ABRI hatte bereits klargestellt, sie würde *Sudharmono* nicht vorschlagen, sondern seine Kandidatur nur unterstützen. Das Indonesien-Magazin *TAPOL* meint zur ABRI-Position, daß der Unterschied zwischen Vorschlag und Unterstützung in der politischen Landschaft Indonesiens so viel bedeute wie der zwischen Himmel und Erde.

Der Bürokrat und Parteifunktionär *Sudharmono* ist beim Militär nicht sonderlich beliebt. Ihm werden vor allem Verbindungen zu linkslastigen Jugendorganisationen Ende der vierziger Jahre vorgeworfen. Besonders kühl ist

INDONESIEN

neuer Minister für Verwaltungsreformen. Nach zehn Jahren muß *Mochtar Kusumaatmadja* sein Amt mit *Ali Alatas* einem Mann überlassen, mit dem erstmals ein Karrierediplomat zum Außenminister wird. Auch auf dem IGGI-Treffen wird fortan ein neues Gesicht zu sehen sein: *Radius Prawiro*, Ex-Finanzminister, löst *Ali Wardhana* als Koordinator für Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten ab.

Nach den Wahlen und den Kabinettsumbildungen brachte zunächst das 'Sommerloch' des islamischen Fastenmonats die Spekulationen darüber zur Ruhe, wie ernst die hausgemachte Opposition in Indonesien zu nehmen sei, ob Suharto wirklich vor Ablauf der fünften Amtsperiode zurücktreten werde und wer dann der Nachfolger wird. Be-



... komisch, Sudharmono

aus: FEER v. 9.6.'88

die Beziehung zwischen ihm und seinem großen Konkurrenten General *Benny Murdani*, den *Suharto* nach seinem überraschenden Rücktritt als Oberbefehlshaber der Streitkräfte nun in das Amt des Verteidigungsministers berief. Die Aufgabe *Sudharmonos* war es in den letzten Jahren, GOLKAR neu zu organisieren und zu verjüngen; *Murdani* tat dasselbe bei den Streitkräften.

Beide finden sich nun auf neuen Posten wieder, und auch *Suhartos* neues Kabinett soll nicht nur Ausgewogenheit zwischen

Kontinuität und Erneuerung demonstrieren, sondern auch das Gleichgewicht der Kräfte zwischen dem Berufspolitiker *Sudharmono* und dem Militärstrategen *Murdani* garantieren. Neben *Murdani* wichtigster Armeemann im seit fünf Jahren erstmals wieder umstrukturierten Kabinett ist General *Rudini* als Innenminister. Von der GOLKAR-Seite kommt u.a. Generalsekretär *Sarwono* als

richte der dem Militär nahestehenden Tageszeitung *Jayakarta* zeigen jedoch deutlich, daß die ABRI keinesfalls gewillt sind, sich ohne weiteres mit *Sudharmono* und der sich dem Militär immer mehr entfremdenden GOLKAR-Partei abzufinden. Das Blatt warnt vor einer kommunistischen Gefahr und behauptet, Schlüsselpositionen in der Regierung würden von der verbotenen PKI infiltriert. Sicherheitsminister *Sudomo* konterte, das Kommunistenproblem sei gelöst.

Da es sich hier offenbar weniger um eine Sicherheits- als um eine politische Frage handelt, darf man gespannt darauf sein, wie der indonesische Präsident den Konflikt zwischen Parteibürokratie und ABRI, v.a. der Armee, weiter bewältigen wird.

vgl. AW v. 18.3., 25.3., 1.4., 20.5. 1988; FEER v. 24.3., 31.3., 9.6. 1988; TAPOL No. 86, April 1988

INDONESIEN

NACHRICHTEN

Neuer Außenminister will Indonesiens internationales Profil stärken

Indonesien will, nach den Worten seines neuen Außenministers *Ali Alatas*, zunehmend an der Lösung auch internationaler Probleme mitarbeiten, besonders dann, wenn sie die nationale Entwicklung des Landes berühren. Hatte Präsident *Suharto* bisher eine Außenpolitik mit 'niedrigem Profil' verfolgen lassen, mehren sich Äußerungen, die eine Verbreiterung des außenpolitischen Ansatzes erwarten lassen. U.a. will sich Indonesien verstärkt um den Vorsitz der *Blockfreien-Bewegung* bemühen. In einem Interview mit der Zeitschrift *TEMPO* nannte Alatas zwei weitere Prioritäten seiner außenpolitischen 'Offensive': Osttimor und der Südpazifik. Osttimor soll im Rahmen der *Vereinten Nationen* abschließend verhandelt

und damit als Thema, das Indonesien immer wieder diplomatische Rückschläge verschafft, erledigt werden; im Pazifik sollen die besonderen Beziehungen zu West-Samoa, Fidschi, den Salomonen, Papua-Neuguinea und Vanuatu verstärkt werden.

Dem Berufsdiplomaten Alatas, der mehr als vier Jahre Erfahrung als UN-Botschafter seines Landes besitzt, wird eine Vorliebe für weitergefaßte Themen, die über nationale Angelegenheiten hinausgehen, nachgesagt. Die Unterstützung dieser Politik durch Suharto läßt sich u.U. damit erklären, daß eine Präsidentschaft in der Blockfreienbewegung dessen letzten Jahre einer langen Herrschaft noch einmal mit Glanz versehen könnte. Der Wunsch Indonesiens, 1989 Zimbabwe im Vorsitz abzulösen, trifft mit einer internen Auseinandersetzung der Blockfreien zu-

sammen, da turnusgemäß ein lateinamerikanisches Land an der Reihe wäre, jedoch z.Z. nicht mehr als 20 der 103 Mitgliedsländer den Anspruch Nikaraguas auf die Führungsposition gutheißen.

Während des Blockfreien-Gipfels 1986 in Harare hatten sich die indonesische Delegation mit Alatas und die nikaraguensische darauf verständigt, gegenseitig die jeweilige Kandidatur (Nikaragua 1989, Indonesien 1992) zu unterstützen. Indonesien sieht jetzt jedoch seine Chance, als Gegenkandidat Nikaraguas eine Mehrheit der 'moderaten Staaten' zu erhalten. Hierfür haben bereits Lobbyaktivitäten begonnen:

— die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Zypern, dem Gastgeber des nächsten Blockfreien-Ministertreffens im September, trotz der engen Bin-

dungen Indonesiens mit der Türkei;

— Suhartos unüblich deutliche Rede am 23.3. gegen Apartheid und für totale Isolation Südafrikas, die auf die afrikanischen Frontstaaten zielte.

Für das Erreichen eines stärkeren internationalen Profils der Außenpolitik wird Indonesien dort Stellung beziehen müssen, wo es sich bisher wenig eindeutig äußerte. Das könnte auch Auswirkungen auf die Position des Landes zur Verlängerung der Stützpunktverträge zwischen den Philippinen und den USA haben. Das eigene strategische Interesse, die amerikanische Präsenz im Pazifik zu unterstützen, wird nicht mehr laut artikuliert werden können, aus Furcht, gegen blockfreie Glaubensartikel zu verstoßen.

Quellen: FEER v. 14.4. 1988; CSEA No. 9 v. 1.5. 1988



aus: TAPOL No. 87

ALI ALATAS – außenpolitische Offensive

Bald wieder diplomatische Beziehungen Indonesien – VR China?

"Wir sind übereingekommen, unsere Kontakte fortzusetzen und unsere ökonomischen Beziehungen weiterzuentwickeln, mit dem Ziel, die Wiederaufnahme vollständiger diplomatischer Beziehungen vorzubereiten", äußerte Indonesiens Außenminister *Ali Alatas* am 16.4. in Jakarta nach einem Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister der VR China, *Liu Shuqing*. Sein Gegenüber meinte in einem Interview mit der staatlichen Nachrichtenagentur *ANTARA*, er hoffe, "daß Präsident *Suharto* demnächst die Normalisierung der Beziehung zwischen Jakarta und Beijing autorisieren" werde. Seit dem vorgeblichen Putschversuch 1965 der Kommunistischen Partei Indonesiens (*PKI*), die enge Beziehungen zur VRCh unterhalten hatte, waren die diploma-

tischen Beziehungen abgebrochen gewesen. Liu wies in seinem Interview besonders darauf hin, daß sein Land den indonesischen Chinesen, die nach 1965 in die Volksrepublik geflohen waren, jede politische Betätigung, die das Verhältnis beider Staaten trüben könnte, verboten habe.

Liu Shuqing befand sich, ebenso wie sein sowjetischer Amtskollege *Igor Rogatschow*, aus Anlaß der 44. Konferenz der Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Asien und den Pazifik (*ESCAP*) vom 11.-20.4. in Jakarta. Ende April äußerte sich der neue indonesische Verteidigungsminister *Benny Murdani* ebenfalls positiv zu einer Normalisierung. Die indonesischen Exporte in die VR China haben sich 1987 gegenüber dem Vorjahr fast verfünffacht und lagen bei 627 Mio. US\$. Gerade die in diesem Boomgeschäft engagierten indonesi-

schon Geschäftsleute stehen einer raschen Annäherung, gar der Errichtung eines Handelsbüros in Beijing sehr skeptisch gegenüber. Diese Vorbehalte und die guten Beziehungen Indonesiens zur SR Vietnam könnten, vermuten Beobachter, das Tempo, nicht aber die Tatsache der diplomatischen Normalisierung beeinträchtigen.

Quellen: FEER v. 14.4., 19.5. 1988; CSEA No. 9 v. 1.5. 1988

Ein ganz spezieller Freund

Während einige ASEAN-Offizielle, besonders in Thailand, äußerst beglückt über den Wechsel des Armeechefs General *Benni*

Murdani ins Verteidigungsministerium sind, ist Vietnam über diese Entwicklung offensichtlich besorgt. Während der letzten Wochen hat Hanoi Botschaft in Jakarta andere Botschaften angesprochen, um herauszufinden, ob *Murdani* neuer Posten eine Gefahr für die aus Hanoi Sicht speziellen bilateralen Beziehungen zwischen Vietnam und Indonesien in sich birgt. Als mächtiger Chef der Streitkräfte unternahm *Murdani* mehrere Reisen nach Hanoi, unter anderem eine, bei der er den kontroversen Standpunkt vertrat, daß Vietnam keine Bedrohung für Südostasien darstelle – eine Äußerung, die besonders in Thailand Aufregung hervorrief. Vietnam möchte nun genau wissen, ob *Murdani* den gleichen Einfluß auf die indonesische Außenpolitik auch auf dem mit weniger Macht ausgestatteten Sitz des Verteidigungsministers behält.

Quelle: FEER v. 14.4. 1988



Osttimor: Weiter diplomatischer Schwerpunkt der indonesischen Außenpolitik

aus: Roll; Indonesien; 1981, S. 9

NACHRICHTEN

INDONESIEN

Neues Militärgesetz in Indonesien

Eine Novelle des Militärgesetzes und die Restrukturierung des militärischen Repressionsorgans *KOPKAMTIB* läßt vermehrt Aufmerksamkeit auf die Beziehungen zwischen Militär und Regierung richten. Das Gesetz wurde am 22.2. nach teilweise stürmisch verlaufenden Debatten verabschiedet und von dem Rücktritt *Benny Murdanis* von seinem Posten als Chef der Streitkräfte begleitet.

Inhaltlich bestätigt das neue Gesetz einerseits die alte Militärdoktrin von der Einheit des Staates und der Verfassung von 1945. Konfliktpunkt war vor allem der Versuch des Militärs, seine gesellschaftliche Position neu zu definieren und mit erhöhter Machtfülle auszustatten. Dazu gehören die Bemühungen, die Kommandostrukturen weiter zu zentralisieren, wobei es sich wohl – internen Quellen zufolge – um einen Machtkampf zwischen Präsident *Suharto* als Oberbefehlshaber aller Streitkräfte und dem Militär handelt, das versucht, die Position des Chefs der Streitkräfte zu stärken. In der Umgebung des Präsidenten

wird das Gesetz als 'Insubordination' aufgefaßt.

Anläßlich der Kabinettsumbildung wurde in diesem Zusammenhang bekannt, daß *Kopkamtib*, das *Operational Command for the Restoration of Security and Order*, gleichzeitig das Schlüsselinstrument der Armee, um politische Organisationen zu unterdrücken, 'umstrukturiert' werden soll. *Kopkamtib* war nach *Suhartos* Machtergreifung 1965 das Organ, das die kommunistische Partei (*PKI*) und den linken Flügel eliminierte. Seither wird es zur Unterdrückung anderer Opponenten, z.B. gegen islamische Aktivisten eingesetzt.

Die neue Struktur wurde nicht öffentlich gemacht, es haben sich jedoch einige Punkte herauskristallisiert: *Kopkamtib* ist nicht länger ein 'Kommando', daß von einem 'Kommandeur' angeführt wird, sondern eine 'Koordinationsgruppe' – 'badan koordinasi' –, geleitet von einem 'Vorsitzenden'. Der Vorsitz geht gleichermaßen an Verteidigungsminister, Innenminister, Justizminister oder den *Koordinationsminister für Politische und Sicherheits-Affären*, alles Posten, die

von aktiven oder ehemaligen Offizieren besetzt sind. Aufgabe von *Kopkamtib* ist nunmehr nicht mehr die 'Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung', sondern die 'Sicherstellung der Entwicklung'.

'Sicherstellung der Entwicklung' ist ein Begriff, der schon lange eingesetzt wird, um Menschen nach einem 1963 erlassenen Gesetz der Subversion zu beschuldigen. Die verbale Kosmetik bei der formalen Umstrukturierung

und Umbenennung wird *Kopkamtib* nicht im geringsten seiner Repressionsmöglichkeiten berauben, da die exekutiven Teile nicht ihres Einflusses und ihrer Machtfülle bescnitten wurden, die es ihnen ermöglichen, zu verhaften und zu internieren. Es gäbe auch keinen Grund anzunehmen, daß sich die Armee jemals ihres wirkungsvollsten Instruments entledigen wird.

Quellen: TAPOL No. 86, Apr. 1988; FEER v. 17.3., 28.3. 1988

Neue Wochenzeitung in Jakarta

In Jakarta wurde ein zweites Wochenmagazin gegründet. 41 Mitarbeiter der Zeitschrift *TEMPO* verließen die Redaktion, um den *EDITOR* zu gründen. Der Abgang von nahezu einem Drittel der Mitarbeiter kam für *TEMPO* überraschend, da sie eine der am besten zahlenden Zeitschriften in Jakarta ist. *EDITOR* bezeichnet sich als unabhängig, auf der Suche nach Investoren, ist jedoch nicht ohne Beziehungen zum Establishment. Hinter der Zeitschrift steht eine Gruppe einflußreicher Investoren mit Verbindungen zu Staatssekretär und Vize-Präsident *Sudharmono*

(30 % Anteile). Weitere 30 % gehören der *Suma*-Organisation, 28 % den Herausgebern von *EDITOR*, u.a. dem Bruder von Informationsminister *Harmoko*. Im Gegensatz dazu ist *TEMPO* mehrheitlich im Besitz von ehemaligen und derzeitigen Mitarbeitern, der Rest wird von einer Sport- und Kunststiftung gehalten. Medienanalytiker halten den Wettbewerb der beiden Magazine für gesund – durch die Konkurrenz würden sie zu einer schärferen und couragierteren Berichterstattung gezwungen.

Quelle: AW v. 18.3. 1988

Internationale Projektgelde fließen an den Betroffenen vorbei**– Ein Bericht von der vierten INGI-Konferenz –**

Mit dem Ziel, die Stellung der Betroffenen im indonesischen Entwicklungsprozeß zu stärken, traf sich Ende April in den Niederlanden unter dem Motto 'Umwelt und Entwicklung' INGI. Was bisher als Kürzel für *Inter-NGO Conference on IGGI Matters* stand, firmiert jetzt als *International NGO Forum on Indonesia*. Knapp zwanzig NROs aus Indonesien und gut drei Dutzend nichtstaatliche Sponsorenorganisationen aus den westlichen Industrieländern und Japan konferierten zum vierten Mal im Vorfeld der 'Regierungskonferenz' für Indonesien, der *Inter-Governmental Group on Indonesia* (IGGI), auf der die wichtigsten Geldgeberländer ihre Entwicklungsprojekte miteinander abstimmen.

INGI faßte die Ergebnisse der viertägigen Konferenz und die daraus resultierenden Forderungen an IGGI auch dieses Jahr in einem 'Aide Memoire' zusammen. Schwerpunkt der Tagung, so geht aus dem Aide-Memoire hervor, bildete die Diskussion über einige empirische Studien, die INGI im vergangenen Jahr durchführte. Dazu gehört eine Studie über Armut in Indonesien,

in der die Lebensbedingungen von Transmigranten, von Arbeitern auf Kokosplantagen und von Dorfgemeinschaften, die durch Dammbauprojekte betroffen sind, untersucht wurden.

Nach Ansicht der INGI-Teilnehmer zeigten die Forschungsarbeiten, daß eine generelle Unterlassungssünde vieler Entwicklungsprojekte der Ausschluß der betroffenen Bevölkerung von Projektplanung und -durchführung sei. Die Bevölkerung sei Opfer des Entwicklungsprozesses, der für sie Vertreibung von ihrem Land, Umweltzerstörung oder Marginalisierung durch die ökonomische Macht multinationaler Unternehmen bedeute.

Aus diesem Grund fordert INGI die IGGI-Mitglieder auf, bei Kosten-Nutzen-Analysen geplanter Projekte die sozialen Kosten voll mitzuberechnen und auch Untersuchungen zu den soziokulturellen Bedingungen der Zielgruppen anzustellen. Weiter empfehlen die NROs den Geberländern, zu denen auch die Bundesrepublik gehört, von der indonesischen Regierung eine Garantie für die Einhaltung der Grundrechte auch auf lokaler Ebene zu verlangen. Dazu gehöre, daß die Betroffenen eines Projektes

– sich gegenüber Maßnahmen der Regierung kritisch äußern dürfen,

– die eigenen Interessen organisiert vertreten,
– sich Rechtsbeistand nach eigener Wahl holen können u.a.m..

Bei der Durchführung von Entwicklungsvorhaben solle nicht nur Kleinprojekten der Vorzug gegeben, sondern auch vorrangig solche Projekte finanziert werden, die das ökologische System bewahren, bzw. den kritischen Zustand des tropischen Regenwalds und der Mangrovenwälder an der Küste in Betracht zögen.

Seine Forderungen bezüglich Partizipation der Bevölkerung, umweltverträglicher Projektplanung sowie der Transmigration und der Autonomie der NROs richtet das Aide-Memoire mit besonderem Nachdruck an ein IGGI-Mitglied, das in der Planung der jeweiligen Projekte eine überragende Rolle spielt: die *Weltbank*. Direkt von der indonesischen Regierung verlangt INGI die Gewährung von grundlegenden gewerkschaftlichen Rechten für Industriearbeiter entsprechend den Übereinkommen der ILO.

In seinem Rechenschaftsbericht 1987/88 weist Sekretär Peter van Tuijl darauf hin, daß INGI von IGGI durchaus anerkannt sei. Jedoch habe man dem IGGI-Vertreter, Minister *Piet Bukman* aus den Niederlanden, mit dem im vergangenen Jahr die Ge-

sprache geführt worden waren, konkrete Versprechungen nicht abringen können. Das Aide-Memoire 1987 habe eine Kritik am Gesetz zu den Massenorganisationen in Indonesien (*ORMAS*) zum Inhalt gehabt und sei, so Tuijl, bei einigen der Geldgeberländer auf durchaus offene Ohren gestoßen.

Die Bemühungen, die INGI-Beschlüsse in den einzelnen Ländern weiter zu propagieren, zeigen unterschiedliche Erfolge: Während Australien sich weigert, in die 'inneren Angelegenheiten' seines Nachbarlandes einzugreifen, wurde das Aide-Memoire 1987 im niederländischen Parlament von allen Fraktionen diskutiert.

Das bundesdeutsche *Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit* (BMZ) holte von sich aus Erkundigungen über die Konferenzbeschlüsse ein und forderte in einem Brief an die Mitgliedsorganisation *Brot für die Welt*, den Dialog über die Entwicklungshilfe sowohl in Indonesien als auch in der BRD aufrechtzuerhalten. Die deutsche IGGI-Delegation riet INGI, auf alle Fälle ein Diskussionsforum außerhalb von IGGI zu bleiben, damit weiterhin Bedenken ohne Rücksicht auf die Vorbehalte von Regierungsdelegationen geäußert werden könnten.

Quelle: Tagungsmaterialien